für die Ortsgemeinde Pohl

AZ: GB 3

21 DS 16/ 0098

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Pohl	öffentlich	26.06.2023

Erhebung von Ausbaubeiträgen für den Ausbau (Erneuerung der Einrichtungen der Straßenentwässerung) der Feldstraße**Sachverhalt:**

Eingangs wird auf die Beachtung möglicherweise vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) sowie auf die aus § 22 Abs. 5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers, dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen das Vorliegen möglicher Ausschließungsgründe mitzuteilen, hingewiesen.

Die Verbandsgemeindewerke Bad Ems-Nassau (VGW) haben in einem Teilbereich der Verkehrsanlage „Feldstraße“ in geschlossener Bauweise (sog. Inliner-Verfahren) die Einrichtungen der Straßenentwässerung erneuert. Die Arbeiten haben sich über etwas weniger als die Hälfte der Länge der Verkehrsanlage erstreckt. Die Verkehrsanlage liegt nicht im räumlichen Geltungsbereich eines Bebauungsplans, jedoch innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile der Ortsgemeinde. Sie zweigt von der Taunusstraße ab und führt dann bis zum Einmündungsbereich der Kapellenstraße. Anschließend führt ein Wirtschaftsweg in den Außenbereich weiter. Der Ortsgemeinderat hatte in seiner Sitzung am 22.06.2020 die Aufnahme der der Ortsgemeinde entstehenden Aufwendungen für diese Maßnahme als Ausbauprogramm beschlossen. Die VGW haben nunmehr den Investitionskostenanteil für die Straßenentwässerung (nach § 12 Abs. 10 Landesstraßengesetz –LStrG- und der mit der Ortsgemeinde Pohl abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung) in Rechnung gestellt; der Anteil der Ortsgemeinde Pohl beträgt demnach ca. 1.850,00 Euro.

Da es sich bei der Straßenentwässerung um eine Teileinrichtung der Straße handelt, stellt der der Ortsgemeinde Pohl in Rechnung gestellte Investitionskostenanteil nach der Rechtsprechung beitragsfähigen Ausbaufwand dar. Die von der vorgenannten Verkehrsanlage erschlossenen Grundstücke sind daher mit Ausbaubeiträgen nach § 10 Kommunalabgabengesetz (KAG) und der entsprechenden Satzung der Ortsgemeinde Pohl über die Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung Einzelabrechnung) zu belasten.

Der Ortsgemeinderat hat nach § 10 Abs. 3 KAG durch einen Beschluss den Anteil der Ortsgemeinde Pohl an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen (sog. Gemeindeanteil) festzulegen. Hierbei handelt es sich um den dem Vorteil der Allgemeinheit entsprechenden Teil, der dem nicht den Beitragsschuldnern zuzurechnenden Verkehrsaufkommen entspricht. Maßgebend für die Festlegung des Gemeindeanteils ist dabei das Verhältnis zwischen Anliegerverkehr und Durchgangsverkehr unter Berücksichtigung von Funktion und Verkehrsbedeutung der Verkehrsanlage im Verkehrsnetz einer Gemeinde. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz wird ein Ortsgemeinderat als in der Lage angesehen, aufgrund seiner Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen (insbesondere den Grundstücksnutzungen, der flächenmäßigen Ausdehnung einer Verkehrsanlage und der Bedeutung der Straße im Gefüge des gesamten Straßennetzes) auch ohne eine formelle

Erhebung die Verkehrsbedeutung einer Straße im Gemeindegebiet hinreichend zuverlässig einzuschätzen. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz steht den Gemeinden bei der Festlegung des Gemeindeanteils ein Beurteilungsspielraum von +/- 5 % zu, der einen Ausgleich für die tatsächlichen Unsicherheiten bieten soll, der mit der Bewertung des Anlieger- und Durchgangsverkehrs ohne präzise Datenerhebung verbunden ist. Dabei ist jede einzelne Straße für sich in den Blick zu nehmen, auch wenn sie möglicherweise in einem Gebiet liegen, in dem mehrere Straßen dicht nebeneinander verlaufen.

Bei der Verkehrsanlage „Feldstraße“ handelt es sich nicht um eine klassische Anliegerstraße, sondern sie weist auch Durchgangsverkehr in Form des Fahrzeug- und Fußgängerverkehrs in Richtung und aus der Kapellenstraße und in den Außenbereich auf. Zudem handelt es sich um eine relativ kurze Straße. Die Einrichtungen der Straßenentwässerung kommen weitaus überwiegend der Fahrbahn zugute.

Das OVG Rheinland-Pfalz geht in seiner Rechtsprechung im Regelfall bei Straßen mit einem überwiegenden Durchgangsverkehr von einem Gemeindeanteil von 55 – 65 %, bei Straßen mit einem erhöhten Durchgangs-, aber noch überwiegendem Anliegerverkehr von einem Gemeindeanteil von 35 – 45 % aus. Halten sich Anliegerverkehr und Durchgangsverkehr in etwa die Waage, beträgt die Gemeindeanteil im Regelfall 50 %.

Eine relativ kurze Straße spricht nach der Literatur tendenziell für die Annahme eines höheren Gemeindeanteils. Unter Berücksichtigung dessen, dass auch Durchgangsverkehr von und zur Kapellenstraße sowie über den sich anschließenden Wirtschaftsweg auch in Richtung Außenbereich von den Verkehrsströmen her zu verzeichnen ist, kann man unter Berücksichtigung der Gesamtsituation nach Einschätzung der Verwaltung hier durchaus von einer Straße mit einem erhöhten Durchgangs-, aber noch überwiegendem Anliegerverkehr sprechen. Hier liegt ein denkbarer angemessener Gemeindeanteil in einer Spanne von 35 % - 45 % (siehe oben). Seitens der Verwaltung wird von daher ein Gemeindeanteil von 45 % vorgeschlagen. Sollte der Ortsgemeinderat aufgrund seiner Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen, der Verkehrsströme und der Verkehrsbedeutung der Straße mit sachlicher Begründung einen höheren Gemeindeanteil für vertretbar halten (z.B. 50 %, wenn sich Anliegerverkehr und Durchgangsverkehr in etwa die Waage halten sollten), würde dies zu einem höheren Gemeindeanteil führen.

Damit die Voraussetzungen für die Erhebung von Ausbaubeiträgen geschaffen werden, wäre vom Ortsgemeinderat Pohl der nachstehende Beschluss zu fassen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Eigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten der von der Verkehrsanlage „Feldstraße“ (Parzellen Flur 1, Flurstücke 71, 63/2 teilweise) in Pohl erschlossenen Grundstücke werden für den Ausbau der Verkehrsanlage „Feldstraße“ (Erneuerung der Einrichtungen der Straßenentwässerung) zu Ausbaubeiträgen nach § 10 Kommunalabgabengesetz (KAG) in Verbindung mit der Satzung zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung Einzelabrechnung) der Ortsgemeinde Pohl vom 31.01.2003 herangezogen.

2. Der Anteil der Ortsgemeinde Pohl an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen gemäß § 10 Abs. 3 KAG wird auf 45 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen festgesetzt. Der Anteil der Beitragspflichtigen (Anliegeranteil) beträgt demnach 55 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister